



Projektland: Korea

Quartalsbericht: I/2010

INHALT

SÜDKOREA

POLITIK

Politische Stabilität Südkoreas

Erstmaliges G20 Treffen in Südkorea

Bilaterale Verträge mit Indien und der Türkei

Investitionen in die nationale Verteidigung

WIRTSCHAFT

Rückblick 2009 - Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf Südkorea

Wahrnehmung Koreanischer Produkte

Arbeitsbedingungen in Südkorea

NORDKOREA

POLITIK

Nordkoreanische Disidenten und politische Gefangene

Nachfolgeregelung in Nordkorea

Schiessübungen im westlichen Gelben Meer

WIRTSCHAFT

Nachwehen der Währungsreform

Tourismus in Nordkorea

Chinesische Investitionen in Nordkorea

Hilfsgüterlieferungen nach Nordkorea

INNERKOREANISCHES

Flüchtlingsforschung und Vorbereitungen zur Integration Nordkoreas

Förderung des Innerkoreanischen Dialoges

A. SÜDKOREA

Innen- und Außenpolitik Südkorea

In einer kürzlich von der Eurasia Group veröffentlichten Studie über die politische Stabilität aufstrebender Länder ging Südkorea als das Land hervor, welches das stabilste politische Umfeld aufweist. Gemäss den Autoren der Studie, sei das politische Entwicklungspotential von Südkorea noch nicht ausgeschöpft und eine zunehmende Verbesserung sei noch zu erwarten.

Zum ersten Mal in der Geschichte Südkoreas fand im März in Incheon das Treffen der G20 Finanzminister und der Nationalbankvorsitzenden statt. Dies wurde dadurch ermöglicht, weil Incheon stark ausgebaut wird, um als internationaler Standort für Industrieunternehmen und NGO attraktiver zu werden. Bereits dieses Jahr eröffnen fünf Internationale Organisationen, unter anderem UN-Organisationen, in Incheon eine Niederlassung, weitere weitere sollen nächstes Jahr bereits folgen.

In einem Treffen mit dem indischen Premierminister Manmohan Singh in Neu Delhi hat Präsident Lee Myung-bak bekanntgegeben, dass die wirtschaftlichen Beziehungen bis 2014 ausgebaut werden sollen. Der bilaterale Handel soll von 12.2 Milliarden auf über 30 Milliarden Dollar erhöht werden. Zudem wurden 31 neue Vereinbarungen zu Kooperationen in verschiedensten Bereichen abgeschlossen. Nebst dem bilateralen Handel mit Indien, hat Südkorea im Februar auch angekündigt, mit der Türkei in Gespräche einzusteigen, um die Vorteile eines Freihandelsabkommens zu diskutieren. Es wird erwartet, dass die Gespräche im Monat April beginnen sollen.

Gemäss einer Studie des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) rangierte Südkorea in den letzten fünf Jahren bei Waffenimporten an dritter Stelle. Der erste Rang wurde von China belegt. Südkorea war auch der grösste Abnehmer von amerikanischen Waffensystemen, wobei der südkoreanische Einkauf gemäss der Studie 14% des gesamten amerikanischen Exportes ausmachte. Die Autoren berichten weiter, dass 66% des koreanischen Militärbudgets für amerikanische Systeme, 20% für deutsche Systeme und 10 % für französische

Systeme ausgegeben worden sind. Zu den konventionellen Waffen wurden auch 40 Kampfflugzeuge des Typs F-15 bestellt.

Wirtschaftspolitische Aussichten und wirtschaftspolitische Lage in Südkorea

Das Jahr 2010 hat für Korea aufgrund der Aussenhandelsbilanz 2009 sehr gut angefangen, da ein Rekordüberschuss von 41 Milliarden Dollar erwirtschaftet wurde. Zudem konnte Südkorea sich als neuntgrößte Exportnation etablieren, obwohl während der Weltwirtschaftskrise die koreanischen Exporte und Importe um jeweils 13,8 Prozent und 25,8 Prozent eingebrochen sind. Die Regierung schätzt die Entwicklungen von 2010 optimistisch ein und rechnet daher, dass ein Handelsplus von rund 20 Milliarden Dollar möglich sei. Die Deutsche Bank unterstützt diese Schätzungen, indem sie ein 5.5-prozentiges Wachstum für die koreanische Wirtschaft prognostizieren. Die Deutsche Bank argumentiert weiter, dass durch die stetige Erholung der Produktion und Beschäftigung der Export und das private Einkommen davon auch profitieren werden. Die Deutsche Bank prognostiziert, dass der private Konsum um etwa drei Prozent durch die Einkommenserhöhung zunehmen wird. Auch die OECD bestätigte, dass Korea das dritthöchste Wachstum innerhalb der 30 OECD Länder erreichte. Die OECD prognostiziert für Südkorea ein Wachstum von 4.4 Prozent, wobei der durchschnittliche internationale Wachstum auf 1.9 Prozent berechnet wurde.

Nebst den erfreulichen Nachrichten hinsichtlich des Wirtschaftswachstum gibt es auch positive Nachrichten bezüglich der Wahrnehmung der koreanischen Produkte. Studien durchgeführt durch Gallup Korea besagen, dass die weltweite Anerkennung von koreanischen Produkten seit 1988 stetig und markant zugenommen habe. Bemerkenswert war an dieser Studie, dass die koreanischen Produkte einen besseren Ruf geniessen als das Land selbst, da das Land selbst weniger stark vermarktet wird als die verschiedenen Produkte. Nebst der positiven Nachfrageentwicklung ermittelte Gallup Korea auch, dass die Kunden die Qualität der Produkte von Jahr zu Jahr als besser empfinden und langsam auch anderen Herstellern vorziehen. Koreanische Hersteller, früher oft als Billigerhersteller wahrgenommen, haben sich in den vergangenen Jahren zu innovativen Marktführern entwickelt. Samsung zum Beispiel unternimmt seit Jahren Anstrengungen um umweltschonendere und innovativere Technologien in ihren Produkten einzusetzen. Dies hat auch dazu geführt, dass Samsung es innerhalb kürzester Zeit geschafft hat, im Telekommunikationsmarkt zur Nummer zwei nach Nokia aufzusteigen. Weiter hält Samsung zur Zeit noch in zehn weiteren Produktkategorien die Marktführerschaft und weitere sollen bald folgen.

Dieser unternehmerische Erfolg der koreanischen Firmen ist beispielhaft für die Bereitschaft, hart für den Wachstum der Wirtschaft und somit auch des Wohlstandes zu arbeiten. Jedoch birgt sich dahinter auch eine wesentliche Schattenseite, die nicht vernachlässigt werden darf. Gemäss einer Studie von UBS arbeiten die Bewohner von Seoul durchschnittlich 2312 Stunden (ca. 46 Stunden pro Woche) im Jahr. Dazu im Vergleich wurde auch ermittelt, dass weltweit nur die Bewohner von Kairo mit 2373 Stunden (47 Stunden pro Woche) mehr arbeiten. Das Schlusslicht dieser Studie bildeten die Bewohner von Lyon in Frankreich mit 1582

Arbeitsstunden (31 Stunden pro Woche). Der wirtschaftliche Erfolg lastet somit auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung, welche wegen den langen Arbeitszeiten und wenigen Ferientagen nur bedingt davon persönlich profitieren kann.

B. NORDKOREA

Innenpolitische Entwicklungen in Nordkorea

Gemäss Angaben der südkoreanischen Nationalen Human Rights Kommission gibt es zur Zeit etwa 200'000 politische Gefangene in Nordkorea, neben den regulären Gefangenen. Es ist nicht verwunderlich, dass viele Nordkoreaner die gefährliche Reise auf sich nehmen, um das Land zu verlassen. Die Immigrationsbehörde in Thailand meldete, dass 2009 etwa 1000 Nordkoreaner nach Thailand gelangen seien um dort Asyl zu beantragen. Anders als Russland und China betrachtet Thailand nordkoreanische Flüchtlinge als politische Asylanten und gewährt ihnen das Recht, in Thailand zu bleiben und in ein anderes Land weiter zu reisen. Die thailändische Regierung geht davon aus, dass 2010 die Anzahl der Flüchtlinge weiter ansteigen wird, da sich die politische, soziale und wirtschaftliche Situation in Nordkorea kontinuierlich verschlechtert.

Weil die Menschen immer mehr Mängel an grundlegendsten Nahrungs- und Konsumgüter erleiden, kommt es auch immer häufiger zu bewaffneten Zwischenfällen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften wobei diese Zusammenstösse nicht selten tödlich enden. Berichten zufolge soll am 16. Februar eine Gruppe von Nordkoreanern versucht haben einen Zug zu überfallen, der mit Nahrungsmitteln beladen gewesen sei; da dieser Überfall aber am Geburtstag von Kim Jong-il geschah, wurde die Gruppe nicht wie ansonsten oft üblich festgesetzt und später wieder gehen gelassen. Um die Kontrolle über die Bevölkerung nicht zu verlieren, soll die Anweisung gegeben worden sein, scharfe Munition zu verwenden, um nicht gehorchende Demonstranten auf der Stelle zu erschiessen und somit die anderen einzuschüchtern.

2009 begann sich auch herauszukristalisieren, wer die Nachfolge von Kim Jong-il antreten würde. Es deutet alles darauf hin, dass Jong-un, der dritte und jüngste Sohn, als Nachfolger von Kim Jong-il positioniert wird und langsam in die verschiedensten Staatsapparate und Machtkreise eingeführt wird. Obschon die Regierung für den Wechsel vorbereitet wird, gibt es Befürchtungen, dass es bei einer abrupten Machtübergabe zu politischer Instabilität kommen könnte. Um diese Situation zu vermeiden, wurden zahlreiche Minister befördert, welche Kim Jong-il nahe stehen, um dadurch eine reibungslosere Machtübergabe gewährleisten können. Da die bestehende Elite ihren sozialen und ökonomischen Status behalten möchte, wird davon ausgegangen, dass von deren Seite kein Widerstand zu erwarten ist. Sollte die Machtübergabe nicht reibungslos verlaufen, sondern mit externen oder internen Aggressionen verbunden sein, ist die Frage, was mit dem nordkoreanischen Nuklearpotenzial geschieht.

Nach dem bereits im Januar ein Gebiet in der Nähe der NLL (Seegrenze im westlichen Meer) als maritime Feuerzone deklariert wurde und dort auch zahlreiche

Arten von Geschossen versenkt worden sind, wurde im Februar dieses Gebiet wieder zu Schiessübungs Zwecken zur Feuerzone deklariert. Dies geschah als Antwort auf die Militärübung von Südkorea und den Vereinigten Staaten.

Wirtschaftliche Entwicklungen in Nordkorea

In Folge der desaströsen Währungsreform wurde in Nordkorea erkannt, dass man auf ausländische Investitionen angewiesen ist um die desolate Wirtschaft und marode Infrastruktur zu erneuern. Daher wurde beschlossen, Rajin-Sonbong als Sonderwirtschaftszone wieder zu forcieren und nebenbei auch die Inseln Wihwa und Bidan in der Nähe von Sinuiju in den gleichen Status zu erheben. Weiter wurde ein Hafenkai in Rajin-Sonbong an China und Russland (für 10 bzw. 30 Jahre) verpachtet, um Devisen in das Land zu bringen, da ansonsten der Einkauf von überlebensnotwendigen Waren nur mit Mühe abgewickelt werden kann. Verschiedenen Quellen zufolge habe der Abteilungsleiter der Arbeiterpartei Chang Sung-taek bei einem Besuch in Rason gesagt, dass spätestens in sechs Monaten die Stadt wieder eine Sonderwirtschaftszone sein soll, jedoch nur mit strengen Auflagen der Regierung.

Weiter gibt es Anstrengungen, den Tourismus in der Region um den Kumgang Berg wieder anzuregen. 2008 war in einem tödlich verlaufenden Vorfall eine südkoreanische Touristin erschossen worden, als sie sich zuerst in ein Sperrgebiet verirrte und dann versuchte, wegzurennen. Da dieser Vorfall bis heute nicht gänzlich aufgeklärt worden ist, wurde als Konsequenz der Tourismus aus dem Süden in die Region unterbunden. Gemäss Hochrechnungen hat Nordkorea mit Tourismus in dem Gebiet um den Berg Kumgang in der letzten Dekade 500 Millionen Dollar verdient, daher besteht ein grosser Anreiz für Nordkorea, diese Einnahmequelle wieder zu eröffnen.

China hat im Vorfeld möglicher Sechs-Parteien-Gespräche zwischen Nord- und Südkorea, den USA, China, Japan und Rußland große Investitionen in die Wirtschaft von Nordkorea versprochen. Der Zeitpunkt zur Investition in die nordkoreanische Wirtschaft wurde mit Bedacht gewählt um Nordkorea zur Mitarbeit zu bewegen. Quellen zufolge soll das Geld in den Erhalt und Wiederaufbau der Eisenbahn, Häfen und Unterkünfte investiert werden. Es wird erhofft, dass durch die Investitionen Pyongyang von der Sinnhaftigkeit des Rückkehrs an den Verhandlungstisch überzeugt wird, um über das Nuklearprogramm zu diskutieren und auch den Friedensprozess wieder voranzutreiben.

Gemäss einem im März erschienenen Report des südkoreanischen Wiedervereinigungsministeriums hat Nordkorea im vergangenen Jahr 300'000 Tonnen an Nahrungsmitteln durch Kredite oder in Form von Hilfsmitteln erhalten, wobei gemäss Hochrechnungen der UN Food and Agriculture Organization (FAO) diese Menge nur für einen Monat ausreicht und 1.25 Mio. Tonnen Nahrungsmittel benötigt würden um die Bevölkerung mindestens grundlegend ernähren zu können. Da durch die gescheiterte Währungsreform die Knappheit der Nahrungsmittel noch gesteigert worden ist, hat die Zentralregierung die Unternehmen, welche über Fremdwährungsreserven verfügen, aufgefordert, im Ausland Nahrungsmittel einzukaufen.

C. INNERKOREANISCHE BEZIEHUNGEN UND DIE LAGE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL

Südkorea hat kürzlich beschlossen die Forschung bezüglich nordkoreanischen Flüchtlingen zu verstärken. Diese Massnahme wurde notwendig, da die Anzahl nordkoreanischer Flüchtlinge bereits auf nahezu 20'000 Menschen angestiegen ist. Die Regierung argumentiert, dass mit den zusätzlichen Mitteln ein Zentrum zur Unterstützung der Flüchtlingsforschung gegründet werden könne, um mit Hilfe von privaten Bildungs- und Forschungsinstituten eine zentrale Datenbank zur Flüchtlingsthematik aufzubauen. Es wird erhofft, dass mit einer solchen Datenbank der Integrationsprozess der Flüchtlinge in die südkoreanische Gesellschaft optimiert werden kann. In Anbetracht der prekären wirtschaftlichen Situation Nordkoreas erscheint diese Massnahme als eine weitsichtige Investition.

Die Absetzung vom Finanzminister Pak Nam-gi, als Sündenbock für die mißlungene Währungsreform wirft Fragen auf und zeigt auch Parallelen zu früheren gescheiterten Reformen. Bereits in Vergangenheit wurde nach gescheiterten Reformversuchen jeweils ein Minister beschuldigt, für die Missere verantwortlich zu sein und später exekutiert oder im besten Falle auf unbestimmte Zeit aus dem öffentlichen Leben entfernt, um die Bevölkerung zu besänftigen. Die zuletzt ausgeführte Währungsreform, welche die aufkeimenden marktwirtschaftlichen Tendenzen unterbinden sollte, führte dazu, dass der offizielle Preis von Reis von 20 Won auf über 600 Won pro Kilo angestieg. Gemäss Angaben von nordkoreanischen Flüchtlingen ist der Preis von Reis in bestimmten Gebieten sogar um das 50fache auf 1000 Won angestiegen. Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, wenn die Bevölkerung beginnt, sich kritisch gegenüber dem Regime zu äussern. Die Ernsthaftigkeit der Situation lässt sich auch daraus ableiten, dass gemäss unbestätigten Quellen, die Sicherheitskräfte mit scharfer Munition ausgerüstet worden seien und auch die Befugnis erhalten haben sollen, auf Demonstranten zu schiessen.

Die Südkoreanische Regierung unter Lee Myung-bak hat vorgeschlagen, zwischen den beiden koreanischen Ländern einen permanenten Kommunikationskanal zu etablieren. Dies könnte mittelfristig dazu führen, dass in beiden Hauptstädten Liaison Offices eröffnet werden, um die Kommunikation untereinander zu vereinfachen. Da dies in der Praxis nicht ohne weiteres einfach möglich ist, könnte das amerikanische Vorgehen im Falle Kubas als Beispiel dienen. Amerika mietet sich jeweils in der Französischen Botschaft ein Büro, um mit der kubanischen Regierung verhandeln zu können. Diesem Beispiel folgend könnte Südkorea sich in ein Konsulat in Pyongyang einmieten, um erste bilaterale Gespräche ohne viel Rampenlicht und internationalen Druck starten zu können.